



**Gespräch abgesagt**

(pm) Der ARD-Vorsitzende und Intendant des SWR, Kai Gniffke, hat in einem Schreiben den Vorschlag der drei Gewerkschaften ver.di, DJV und unisono abgelehnt, über eine Tarifschlichtung ein Ergebnis für die über neun Monate andauernden Verhandlungen über Tarifierhöhungen zu finden. Die Gewerkschaften hatten Anfang September das Scheitern der Verhandlungen im SWR erklärt. Auch in anderen ARD-Rundfunkanstalten und im ZDF sind die Verhandlungen festgefahren und führten immer wieder zu bundesweiten Streiks. In einem für den Abend des 1. Oktober verabredeten Spitzengespräch zwischen Kai Gniffke, drei weiteren Intendant\*innen, zwei Verwaltungsdirektor\*innen der ARD und den drei Gewerkschaften sollte über die Tarifsituation und den Vorschlag der Tarifschlichtung gesprochen werden. Noch bei der Einladung war dieses Thema gesetzt, weil auch zuvor über Ablauf und Regeln eines Schlichtungsverfahrens noch kein Gespräch geführt werden konnte. Bereits vor dem Treffen wurde dann überraschend diese Option einer Tariflösung kategorisch ausgeschlossen und eine bislang nicht in diesen Schlichtungsvorschlag involvierte Organisation (VRRF) einseitig von der ARD hinzugezogen. Daraufhin haben ver.di und unisono die Teilnahme an dem geplanten Gespräch abgesagt.

# LAG untersagt Streiks in Berlin

**KINDERBETREUUNG – Senat geht vor Gericht, statt konstruktive Lösungen zu suchen**

(red.) Seit fast zwei Jahren engagieren sich die pädagogischen Fachkräfte in den Kita-Eigenbetrieben in Berlin für die Verbesserung sowohl der pädagogischen Qualität als auch der Arbeitsbedingungen. Für das Ziel, einen Tarifvertrag pädagogische Qualität und Entlastung durchzusetzen, hatten die Beschäftigten seit dem Sommer dieses Jahres immer wieder gestreikt. Da der Berliner Senat jede konstruktive Verhandlung zu dem Thema jedoch bislang verweigert, stimmten 91,7 Prozent der pädagogischen Fachkräfte für die Aufnahme eines unbefristeten Streiks. Dieser sollte am 30. September 2024 beginnen. Statt konstruktive Lösungen zu suchen, hat der Berlin Senat den Weg zum Gericht gesucht.

Das Landesarbeitsgericht hat am 11. Oktober den Streik für pädagogische Qualität und Entlastung bei den Kita-Eigenbetrieben untersagt.

ver.di sieht in dem Urteil eine deutliche Abweichung von der bisherigen Rechtsprechung sowohl in Berlin als auch bundesweit. Das Urteil soll jetzt intensiv geprüft werden. Auf der Grundlage dieser Prüfung behält sich ver.di vor, das Land Berlin zu zwingen, ein Hauptsacheverfahren einzuleiten. Dies hat jedoch keine Auswirkung mehr auf die laufende Tarifaueinandersetzung. Mit dem Urteil des Landesarbeitsgerichts sind weitere Streikmaßnahmen auf unbestimmte Zeit untersagt. ver.di wird nach Vorliegen der Entscheidungsgründe des LAG seine weiteren Optionen für den Bereich der Beschäftigten in den Kita-Eigenbetrieben des Landes Berlin prüfen.

„Der Senat muss wissen, dass mit diesem Urteil die Kita-Krise nicht verschwunden ist. ver.di wird weiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Druck machen, dass der Se-

nat seiner Verantwortung nachkommt und für echte Verbesserungen in den Kitas sorgt. Das ist auch eine Zukunftsfrage für uns als Gesellschaft“, sagte ver.di-Landesbezirksleiterin Andrea Kühnemann. Martina Breitmann, stellvertretende Kita-Leiterin in einem Kita-Eigenbetrieb und Mitglied der ver.di Tariff Kommission, zeigte sich enttäuscht, dass den Beschäftigten mit diesem Urteil die Möglichkeit genommen wird, konsequent für ihr Recht und die Rechte der ihnen anvertrauten Kinder zu kämpfen. Sie lud die Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch, CDU, ein, sich vor Ort ein Bild zu machen. „In Berlin gibt es keine einzige Kita, in der mit einem Schlüssel von einer Fachkraft auf 5,1 Kinder gearbeitet wird, wie sie es im Abgeordnetenhaus behauptet hat. Wir erwarten jetzt Handeln statt weiterer Schönrede- rei“, so Martina Breitmann.

**T A R I F L I C H E S**

**EISENBahn** – (pm) In der Tarifrunde zum Eisenbahntarifvertrag (ETV) hat ver.di Mitte Oktober Beschäftigte in Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz zu ersten Warnstreiks aufgerufen. Das ist die Reaktion der Beschäftigten auf das ihrer Meinung nach unzureichende Angebot der Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde. ver.di verhandelt derzeit für rund 5500 Beschäftigte in Omnibusbetrieben, im Schienenbahnverkehr sowie bei Güterbahnen über die Löhne und Gehälter. ver.di fordert eine Erhöhung der Tabellenlöhne um 350 Euro bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Der Arbeitgeber hatte bereits vor Ende der Friedenspflicht eine Erhöhung der Gehälter um 3,0 Prozent angeboten. In der ersten Verhandlungsrunde war er nicht bereit, sein Angebot zu verbessern. Am 11. November soll weiterverhandelt werden.

**ÖFFENTLICHE BANKEN** – (pm) Die Gehälter der Beschäftigten der öffentlichen Banken steigen ab November um 6,0 Prozent. Zum

1. November 2025 werden sie dann um weitere 2,8 Prozent angehoben, ein Jahr später noch einmal um 2,7 Prozent. Nachwuchskräfte erhalten in diesem Zeitraum insgesamt rund 350 Euro monatlich mehr. Darauf haben sich ver.di und der Bundesverband öffentlicher Banken verständigt. Von der Tarifrunde der öffentlichen Banken werden rund 60 000 Beschäftigte aus 63 Instituten, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder, erfasst. Darüber hinaus haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, Gespräche über eine neue Entgeltstruktur sowie eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung aufzunehmen. Bis Ende Oktober können die ver.di-Mitglieder bei den öffentlichen Banken über das Ergebnis abstimmen.

**GELD- UND WERTTRANSPORT** – (pm) Anfang Oktober war so mancher Geldautomat in der Republik leer. Hintergrund war ein ganztägiger Streik der Beschäftigten des Geld- und Werttransports, zu dem ver.di aufgerufen hatte. In acht

Bundesländern waren die Beschäftigten zwei Tage im Ausstand. Hintergrund sind die Lohn- und Manteltarifverhandlungen für rund 10 000 Beschäftigte im Geld- und Werttransport. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 20. September hatte die Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste (BDGW) kein akzeptables Angebot vorgelegt. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 17. und 18. Oktober in München stattfinden.

**OMNIBUSVERBAND NORD (OVN)** – (pm) Der OVN hat einen mit ver.di ausgehandelten Tarifkompromiss platzen lassen. Trotz der langen Verhandlungsdauer war es dabei nicht zu Streiks gekommen. Doch damit reagieren die Beschäftigten jetzt auf die „härteste Kampfansage, die ein Arbeitgeberverband nur machen kann“ (ver.di-Verhandlungsführer Sascha Bähning). So kam es Mitte Oktober zu Warnstreiks der Busfahrer\*innen im Norden. Sie sehen in dem Vorgehen der Arbeitgeber eine eiskalte Provokation und einen sozialpolitischen Generalangriff auf sie.